

aa. FDP-Fraktion Bern

p.B.15.11.R.(14). - JR/di

Bern, den 30. Januar 1962

Notiz für den DepartementschefOeffentliche Reaktion  
auf Ostkontakte

Die Frage der Ostkontakte beschäftigt die Oeffentlichkeit seit Jahren. Die Auseinandersetzung erreichte einen ersten Höhepunkt im Anschluss an die Ungarnkrise 1956. 1961 erfolgte eine neue Mobilisierung des Bewusstseins; den Anstoss gab die Affäre Oistrach in Zürich. Es gab dabei auch in der deutschen Schweiz Stimmen, welche das Verbot als inadäquat und unzweckmässig kritisierten. Das Vorgehen des Zürcher Polizeidirektors und die anschliessende Debatte im Zürcher Kantonsrat hätten klärend wirken und zu einer Koordination mit den Bundesbehörden und allenfalls unter den Kantonen führen können, wenn nicht die Ereignisse des 13. August, die Explosion der Superbombe usw. eine ruhige Diskussion verunmöglicht hätten. Die Tendenz, die kulturellen Kontakte mit dem Ostblock abubrechen, führte dazu, dass auch der Osthandel umso mehr angeprangert wurde. Diesbezüglich hatte bereits im Sommer der Schweizerische Aufklärungsdienst bei Firmen und Privaten eine Boykottkampagne lanciert, bei welcher allerdings festgehalten wurde, dass der Bund "nach völkerrechtlicher Regel korrekte Beziehungen mit den kommunistischen Staaten" unterhalte. Seither liegt der Schwerpunkt beim Osthandel, wogegen die Frage kultureller und sportlicher Kontakte nebenher läuft. Ein Abflauen ist noch nicht festzustellen, wohl aber eine abgewogenere Beurteilung und eine fairere Diskussion.

I. Die Gegner von Ostkontakten rekrutieren sich aus allen Schichten und Parteien, ausser natürlich der PdA. Absolut negative Stimmen von katholisch-konservativen Zeitungen sind keine bekannt. Eine ganze Anzahl mittlerer freisinniger Blätter (Thurgauer Zeitung, Zofinger Tagblatt, Badener Tagblatt) opponieren vehement. Hiezu ist auch der Winterthurer



Landbote (dem.) zu rechnen. An unabhängigen Zeitungen treten hervor die Luzerner Neuesten Nachrichten, Der Republikaner; im sozialistischen und gewerkschaftlichen Lager eigentlich nur die Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterzeitung, in der Nationalrat Wüthrich als Verbandspräsident und Professor Marbach ihren strikte ablehnenden Standpunkt vertreten. Zu diesem Kreis sind auch Erklärungen von Pro Liberta und der Aktion "Niemals vergessen" zu rechnen.

Die Erklärung von Bundesrat Schaffner hat die Gegner des Osthandels besonders in Harnisch gebracht. Seine Ausführungen werden als paradox, irreführend usw. bezeichnet. Sie erschwerten den Kampf gegen kommunistische Infiltrationsversuche. Am heftigsten wird der Passus beanstandet, unserer Neutralitätspolitik sei mit einer Aufrechterhaltung eines gewissen Osthandelsstromes mehr gedient als mit dessen Abbrechung und es erschiene deshalb nicht klug, den Osthandel als politisch verwerflich zu bezeichnen.

Gegen den Osthandel, aber unter Anerkennung der neutralitätspolitischen Staatseinstellung hat sich eindeutig die freisinnige Partei des Kts. Zürich mit einem Appell (NZZ vom 17. November) an Import- und Exportfirmen ausgesprochen. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass es der Zentralvorstand der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz vorgängig abgelehnt hatte, den Appell gesamtschweizerisch zu übernehmen.

Unter den welschen Zeitungen sind keine Osthandelsgegner bekannt. Ebenso wenig im Kt. Tessin, der sich allgemein gegenüber Ostkontakten indifferent verhält. Es ist im übrigen bemerkenswert, dass keine der massgebenden Gegner etwa die Kündigung der Handelsverträge, den Abbruch der Beziehungen oder gar die Aufgabe der Neutralität verlangt.

II. Auf Grund der vorliegenden Artikel ergibt sich, dass die Zahl der Befürworter einer massvollen Ostpolitik im Zeichen der Universalität, wenigstens soweit es die Presse angeht, nachgerade in der Mehrzahl ist.. Welches die Auffassung des Mannes auf der Strasse ist, dürfte kaum festzustellen sein, vor allem in der deutschen Schweiz.

Vorweg sei festgehalten, dass niemand, ausser der PdA, eine Ausweitung des Osthandels befürwortet. Es geht lediglich um die Beibehaltung des status quo, für den neben neutralitätspolitischen Erwägungen die mangelnde Solidarität des Westens für ein Embargo und das geringe Ausmass, welches ein Abhängigkeitsverhältnis verhindert, sprechen.

Am positivsten haben sich die Schweizerische Handelskammer, die Uhrenkammer sowie der Vorort geäußert, wobei sie postulieren, dass "die legitime Benützung der vom Staat abgeschlossenen Handelsverträge von innenpolitischen Vorwürfen schützen" soll. Bejahend äussern sich Olivier Reverdin und Georges Duplain (Gazette de Lausanne). Eine strenge Scheidung der Rechte und Pflichten von Staat und Bürger unternimmt die NZZ. Sie fordert den Verzicht auf jeglichen Osthandel, warnt aber gleichzeitig vor einem Kreuzzug. Beachtenswert ist der Standpunkt von Minister von Salis in einer Artikelserie der Nationalzeitung, in der auch Botschafter Stopper und Dr. Gawronski Professor Marbach entgegneten.

Das Ostinstitut lehnt den Osthandel aus Gewinnmotiven ab, hält ihn aber dann für nützlich, wenn er als politische Waffe eingesetzt wird. Aufschlussreich ist, dass die sozialistische Presse (Volksrecht, Arbeiter-Zeitung, Berner Tagwacht mit einer abgewogenen Artikelserie von Nationalrat Weber und Chopard in La Lutte syndicale) am konsequentesten für den status quo im Handelssektor plädiert..

Vor Exzessen, Diffamierung, Demagogie, Hysterie, Fanatismus warnen, bzw. zur Besonnenheit, Vernunft, Objektivität und zur Mässigung mahnen in zunehmendem Masse Zeitungen wie Bund, Tagwacht, Handelszeitung, Nationalzeitung, NZZ, St.GallerTagblatt, Gazette de Lausanne, Journal de Genève.

III. Der kulturelle Aspekt ist seit der Oistrach-Affäre gegenüber dem Handelsproblem publizistisch in den Hintergrund gerückt. Es haben sich hauptsächlich Befürworter geäußert, so die Nationalräte Reverdin und Oprecht. Dieser fordert Mut für die Auseinandersetzung mit dem Osten und empfiehlt persönliche und konkrete kulturelle Beziehungen, jener plädiert für die Fortsetzung des Dialoges und warnt vor gefährlicher Isolierung. Die NZZ konzidiert in einem redaktionellen Kommentar, dass auch Nichtkryptokommunisten aus menschlicher Anteilnahme für Ausstrahlung des freiheitlichen Gedankengutes eintreten. Der Sekretär des Schweizerischen Aufklärungsdienstes ist mit dem Versuch eines Kulturaustausches "Zug um Zug" einverstanden. Das Ostinstitut lehnt einerseits blinden Boykott, andererseits beliebige Kontakte ab und fordert offensive Auseinandersetzung, die Zürcher Woche überdies eine eidgenössische Koordination.

Der Vollständigkeit halber sei die Reaktion auf die Gründung der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion in Moskau festgehalten. In der deutschen Schweiz war die Presse, abgesehen von der NZZ, die schwieg, dem "Vorwärts", der applaudierte, und der "Tat", welche einen Ansatzpunkt zu echtem Kulturaustausch gelten liess, mehr oder weniger scharf ablehnend. Die welschen Blätter haben die Gründung registriert und den Standpunkt vertreten, an den Taten der neuen Gesellschaft werde man sehen, ob ein echter Kulturaustauschwille dahinter stehe.

Auf dem Gebiet der sportlichen Beziehungen herrscht die grösste Verwirrung. Die Politik der Verbände und Sektionen in den verschiedenen Sparten ist uneinheitlich und widersprüchlich. Auch die vom SAD propagierte Formel, multilaterale Treffen (Weltmeisterschaft, Olympiade usw.) seien zu beschicken bzw. durchzuführen, bilaterale Kontakte dagegen abubrechen, führt in der Praxis zu fast unlösbaren Situationen. Schliesslich sei erwähnt, dass die Affäre Delnon, der vom Schweizerischen Eishockeyverband als Trainer der Nationalmannschaft eingesetzt worden war und kurz darauf wegen seiner Zugehörigkeit zur PdA entlassen wurde, zu heftigen Reaktionen in der Oeffentlichkeit geführt hat, diesmal besonders in der welschen Presse, die eine Trennung zwischen Sport und Politik forderte.

Jannel